

UNIKOM

— RADIOS & AUDIOMEDIEN —

Offener Brief an Bundesrat, die zuständigen parlamentarischen Kommissionen und BAKOM

Zürich, 16. Juli 2025

Zeit für Fairness: Keine UKW-Verlängerung wegen 116 Stichproben

Sehr geehrter Herr Bundesrat Röstli
Sehr geehrte Mitglieder von KVF-N und KVF-S
Sehr geehrter Herr Maissen

Nicht schon wieder! Seit über zehn Jahren bereiten sich Radiobranche und BAKOM nun darauf vor, dass UKW in der Schweiz endgültig abgeschaltet wird und alle Radioprogramme ausschliesslich über DAB+ ausgestrahlt werden. Schon 2014 haben sich die Schweizer Radioverbände auf ein letztmögliches Abschaltdatum geeinigt: 31. Dezember 2024. Diesem Entscheid stimmten 2015 die SRG sowie mehr als achtzig Prozent der privaten Radiostationen zu. Der Bundesrat hat im Oktober 2017 der UKW-Abschaltung den rechtlichen Rahmen gegeben.

Um den Radioveranstaltern mit UKW-Funkkonzession die Migration von UKW auf DAB+ zu erleichtern, hat das BAKOM im Dezember 2019 die bereits 2008 erteilten, auslaufenden UKW-Funkkonzessionen ohne öffentliche Ausschreibung ausnahmsweise um fünf Jahre verlängert, also bis und mit 2024. Ende 2023 schliesslich hat der Bundesrat per Verordnung die bestehenden Konzessionen noch einmal und letztmals verlängert, und zwar bis Ende 2026.

Die SRG hat unterdessen gehandelt und ihre UKW-Sender per 31. Dezember 2024 abgeschaltet.

Die Privatradios ihrerseits müssten ihre Sender spätestens Ende 2026 abschalten – doch bereits fordern sie auf allen Kanälen eine neuerliche Verlängerung der Konzessionen. Als Begründung wird vor allem auf die angeblich rückläufigen Hörerzahlen der SRG verwiesen, abgeleitet aus einer Hochrechnung von Mediapulse.

Die neuerliche UKW-Debatte wirft grundlegende Fragen auf – nicht nur technischer Natur. Es geht letztlich um Medienvielfalt, fairen Wettbewerb und belastbare politische Entscheidungsgrundlagen. Umso bedenklicher ist es, dass zentrale Argumente auf statistisch nicht belastbaren Berechnungen beruhen.

Aktuelle Mediawatch-Zahlen besagen wenig

Die von Mediapulse verwendete Messmethode mit der Mediawatch ist aus methodischer Sicht ungeeignet, kurzfristige und kleinteilige Entwicklungen im Radiomarkt zuverlässig zu abbilden:

- Täglich tragen mindestens 1'548 Personen eine Mediawatch-Uhr, die ihr Hörverhalten erfasst – ihr Verhalten wird stellvertretend für die gesamte Schweizer Bevölkerung ausgewertet.
- Eine einzige Mediawatch-Uhr repräsentiert etwa 4'780 Personen (7.4 Mio. Personen ab 15 Jahren, geteilt durch 1'548 aktive Uhrenträger:innen).

- Bei wenigen Teilnehmenden und kurzen Beobachtungszeiträumen liegen erst nach mehreren Messwellen verlässliche Ergebnisse vor. Genau das ist bei der Mediawatch-Methode der Fall: Für belastbare Aussagen zur Entwicklung der Hörerzahlen braucht es die Daten mehrerer Jahre.
- Mediawatch erfasst keine Kopfhörer – obwohl sie beim digitalen Hören via Smartphone zentral sind. Gerade in der Umstellung von UKW auf digital verfälscht diese Lücke die Ergebnisse erheblich: Wenn ausgerechnet mobile und junge Hörer:innen nicht korrekt erfasst werden, dann ist jede Schlussfolgerung zur «sinkenden Reichweite» weitgehend haltlos.

Was bedeuten die berechneten Reichweitenverluste konkret?

Laut Mediapulse verlor die SRG-Sendergruppe im Vergleich zum Vorjahressesemester 15 % der Reichweite (bei einem Vertrauensintervall von 95%). Umgerechnet in Mediawatch-Uhren heisst das:

Sender / Region	Hörerrückgang gemäss Hochrechnung Mediapulse	≈ Uhren weniger, die SRG messen	Anzahl Uhrenträger:innen, die eine politische Entscheidung auslösen
SRF (Deutschschweiz)	378'600	79	79
RTS (Romandie)	133'800	28	28
RSI (Tessin)	43'500	9	9
Total			116

Diese Zahlen zeigen: Schon geringfügige Änderungen bei einigen Dutzend Uhrenträger:innen verursachen massive Schwankungen in der hochgerechneten Reichweite.

Magere Datenlage

Solche Schwankungen sind statistisch nicht robust. Die Verwendung einer so kleinen Stichprobe zur Beurteilung kurzzeitiger Entwicklungen widerspricht den etablierten Standards der empirischen Sozialforschung.

Dennoch benützt die kleine Lobby der UKW-Veranstalter diese mageren Stichprobendaten als Nachweis für einen allgemeinen Reichweitenverlust, um damit schädliche Interessenpolitik zu machen. Soll wirklich eine Handvoll Uhrenträger:innen darüber entscheiden, ob UKW verlängert wird?

Ein Blick auf Norwegen, das UKW schon 2017 vollständig abgeschaltet hat, bestätigt, dass Einbussen höchstens temporär sind. Die Reichweite stieg schon innert zwei Jahren wieder

auf das frühere Niveau an. Der Übergang zu digitalen Plattformen war hoch erfolgreich. Ja, Hörerzahlen und Hördauer haben unterdessen sogar noch zugenommen.

Lokalradios bieten das, was internationale Programme nicht leisten

Die Behauptung, Lokalradios würden mit der UKW-Abschaltung Reichweite verlieren, ist auch sachlich nicht haltbar. Die Attraktivität der Schweizer Programme liegt in ihrer lokalen Relevanz, nicht am Verbreitungsweg. Menschen in Luzern, Zürich oder Bern interessieren sich für Inhalte aus ihrer Region – nicht aus Paris, Mailand oder München. Ausländische UKW-Programme berichten nicht über Schweizer Lokalpolitik – und schon gar nicht tagesaktuell. Die Bindung zwischen lokalen Sendern und ihrem Publikum ist tief verankert und dokumentiert.

Und: Die Verbreitung von DAB+, IP-Radio und Smart-Speakern nimmt weiter zu. Der Umstieg der SRG hat die Verkaufszahlen der DAB+ Empfangsgeräte regelrecht explodieren lassen. Auch die neuesten, im Juli 2025 vom BAKOM publizierte Digimig-Forschungsdaten belegen diese rapide Zunahme der digitalen Radionutzung innerhalb des letzten halben Jahres. Deshalb wird bis Ende 2026 der Anteil der UKW-Hörer:innen noch geringer sein – selbst ein kurzfristiger Rückgang der Reichweite der Privatradios analog dem derzeit ausgewiesenen SRG-Niveau ist deshalb unwahrscheinlich.

Und selbst wenn es zu Reichweiteneinbussen käme, würde das nicht zwingend einen Einnahmenverlust mit sich bringen. Denn Reichweite allein verkauft keine Werbeflächen. Lokale Werbekund:innen suchen die Nähe zu lokalen Radios und nicht zu ausländischen Sendern.

Erst für die Abschaltung – jetzt Vollbremsung.

Die SRG und viele Privatradios haben ihre UKW-Sender abgeschaltet, das ASTRA den Tunnel-Funk auf DAB+ umgestellt, neue Marktteilnehmer:innen haben ihre Geschäftsmodelle auf digitales Radio ausgerichtet. Jetzt wollen die verbliebenen, überaus lautstarken UKW-Veranstalter das Rad zurückdrehen. Warum der ganze Lärm? Vorgeblich fürchten die Schweizer UKW-Radios die Konkurrenz. Tatsächlich aber haben sie Angst vor Veränderung. Und diese Angst ist begründet. Denn kein einziges kommerzielles UKW-Radio hat in den letzten Jahren in Innovation investiert, Entwicklungsabteilungen fehlen überall. Nur die SRG und einzelne UNIKOM-Sender haben wirklich Neues gewagt. Wer heute noch am Analogen festhält, hat den digitalen Wandel längst verpasst.

UKW-Frequenzen sind ein knappes öffentliches Gut

Seit 2008 wurde in der Schweiz keine UKW-Frequenz mehr öffentlich ausgeschrieben. Wer damals eine Konzession erhielt, besitzt sie noch bis 2026 – ohne sich je wieder dafür qualifizieren zu müssen. Zur Verdeutlichung: Die heute gültigen Konzessionen wurden noch unter Bundesrat Moritz Leuenberger erteilt!

Bis heute bietet eine UKW-Funkkonzession einen entscheidenden Marktvorteil. Denn solange UKW in Betrieb ist, berücksichtigt die klassische Radiowerbung in der Schweiz UKW-Radioveranstalter ungleich stärker. Dies ist eine nicht zu rechtfertigende Wettbewerbsverzerrung. Kein Wunder, verteidigen diese Veranstalter diese Privilegien mit allen Mitteln.

Es sind Privilegien, die ihnen längst nicht mehr zustehen. Denn UKW-Frequenzen sind begrenzt und öffentlich. Gemäss Art. 93 Abs. 4 der Bundesverfassung und dem Fernmeldegesetz müssen Konzessionen für solche knappen Ressourcen in einem transparenten, fairen Ausschreibungsverfahren vergeben werden.

Falls UKW weitergeführt wird, braucht es Wettbewerb

Eine weitere Verlängerung ohne Ausschreibung würde Verfassung und Gesetz widersprechen. Sie würde den regionalen UKW-Monopolisten ihre verbliebenen Pfründe sichern und ihnen helfen, wenigstens die Schweizer Konkurrenz kleinzuhalten, gerade in der Romandie. Medien- und wettbewerbspolitisch ist das unhaltbar.

Wird der Bundesrat wider alle medienpolitische Vernunft auf seinen früheren Entscheid zurückkommen und die analoge Verbreitung als so wichtig einstufen, dass er die UKW-Konzessionen erneut vergibt? Dann braucht es auf jeden Fall eine gesetzlich geregelte Ausschreibung oder Versteigerung der Frequenzen – nicht eine dritte Konzessionsverlängerung durch die Hintertüre per Verordnung.

Medienpolitik statt Technikromantik

Die Zukunft des Radios hängt nicht von UKW ab, sondern von der Frage, wie lineares Radio in einer On-Demand- und personalisierten Welt noch Relevanz entfalten kann. Entscheidend ist nicht, wie lange UKW künstlich am Leben gehalten wird – sondern wie digitale Angebote weiterentwickelt werden. Innovation braucht politische Unterstützung. Wer lebensfähige Radios will, muss sie auch ermöglichen.

Mit freundlichen Grüßen
Reto Wettstein, Vorstand UNIKOM



Armin Köhli, Sekretär UNIKOM

